

Neues Sawitziland

Ein PDF-Magazin von Siegfried Wittenburg

Nr. **4** im 2. Leben

Impressionen aus der Europäischen Union:
Estland, Lettland, Litauen - eine Übersicht



Liebe Leserinnen und Leser,

als vor 35 Jahren Seeleute der DDR von ihren mehrmonatigen Reisen auf den Weltmeeren in die Häfen Rostocks und Wismars zurückkehrten, existierte der Staat nicht mehr, in dem sie ihre Angehörigen zurückgelassen hatten. Der Beruf des Seemanns war nur für diejenigen möglich, die keine Verwandten im Westen hatten. War das der Fall, gab es kein Seefahrtsbuch und das Fernweh konnte nicht gestillt werden. Etwas von der Welt zu sehen war das Hauptmotiv, einen seefahrenden Beruf zu ergreifen. Der größte Teil der Seefahrer beim VEB Deutsche Seereederei in Rostock kam aus Sachsen und Thüringen. Was ist dort in den letzten Jahren passiert? Als ich in Litauen nach Deutschland telefonierte und von meinen Erlebnissen erzählte, die so anders waren als das heutige Deutschland, sagte mein Gesprächspartner: „Dann bleibe doch dort.“

Ich bin nicht „in den Osten abgehauen“, kehrte aber zurück in ein Deutschland, das sich erneut verändert hat. Viel Vergnügen beim Lesen.

Ihr Siegfried Wittenburg

Positionsbestimmung

Polen, Masuren, Wrony, 31. August 2024

Während ich schreibe...

sitze ich auf der Terrasse eines hübschen Ferienhauses am Ufer eines Sees in den Masuren. Es ist alles vorhanden, was eine Familie für einen Urlaub benötigen würde: ein Wohnzimmer mit Küche und Terrasse, zwei Schlafzimmer, ein Balkon und ein Badezimmer. Unsere Nachbarn sind Deutsche aus Düsseldorf, ein Paar aus Israel und polnische Einwohner. Vom Haus bis zum See erstreckt sich ein 80 x 120 Meter großes Rasengrundstück mit Grillplatz, Badestelle, zwei Kanus und ein Ruderboot zur kostenlosen Nutzung. Die Miete beträgt 850 Euro pro Woche inklusiv Elektrizität, Bettwäsche, Handtücher und Endreinigung. Für ein gleichwertiges Objekt in der Mecklenburgischen Seenplatte wäre mehr als der doppelte Preis erforderlich. Doch ich bin nicht wegen des Preises hier, sondern weil ich mich nach einer erlebnisreichen Reise durch die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen erholen und meine Eindrücke schildern möchte.

Bis 1945 war dieses Gebiet Ostpreußen und die Ortschaften hatten deutsche Namen. Ich spreche die polnischen Namen, oder die russischen. Die Hauptstadt Ostpreußens hieß Königsberg. Davon ist nicht viel übriggeblieben. Heute ist es die Kaliningrader Oblast, eine russische Exklave an der Ostsee zwischen Litauen und Polen. Ich würde dort nicht einreisen wollen und habe auch kein Visum. Russland hat einen Krieg angezettelt, der den Menschen in dieser Region sehr bewusst ist. Seine baltische Kriegsflotte bedroht die Ostseeanrainer. Auf dem Weg durch die baltischen EU-Staaten musste ich an den Grenzen niemals einen Pass vorzeigen, auch nicht bei der Einreise nach Polen. Lediglich polnisches Bargeld musste ich aus einem Automaten ziehen, wogegen auf der gesamten Reise einschließlich Finnland der Euro Gültigkeit besitzt.

In allen Staaten sind die Straßenverhältnisse für den Fernverkehr hervorragend. Ein Teilstück der Autobahn, die Polen und Litauen durch den schmalen Korridor zwischen Russland und Belarus verbindet, befindet sich noch im Bau. Neben einer Reise mit einem Bus oder dem Auto ist diese Region auch per Schiff oder Flugzeug zu erreichen. Als die Eisenbahn im 19. Jahrhundert auf dem Vormarsch war und das Baltikum zum russischen Zarenreich gehörte, wurde für die Gleise eine andere Spurbreite gewählt. Eine Umspuranlage von der mitteleuropäischen Regelspur auf die russische Breitspur befindet sich in Brest an der Grenze zwischen Polen und Belarus. Auch in Finnland, das im 19. Jahrhundert ein russisches Großherzogtum war, wird die breite Spur genutzt.

Im Jahr 2024 wurde mit dem Bau der Rail Baltica begonnen. Ab 2030 soll sie, in Warschau beginnend, über eine 840 Kilometer lange Strecke die mitteleuropäischen EU-Staaten mit Litauen, Lettland, Estland und Finnland verbinden. Die Geschwindigkeit der Personenzüge soll 250 km/h betragen. Eine Reise von Berlin nach Tallinn wird mit 12 Stunden veranschlagt, ab Warschau sind es noch sieben Stunden. Zwischen Tallinn und Helsinki unter dem Bottnischen Meerbusen hindurch ist ein Tunnel geplant. Er soll der längste Unterwassertunnel der Welt werden. Eine Schiffsreise von Lübeck über Helsinki nach Tallinn nimmt dagegen insgesamt 48 Stunden in Anspruch. Eine bessere Verkehrsanbindung dieser Länder an Westeuropa wird allen EU-Staaten zugutekommen.



Während ich schreibe...

ist die deutsche Einheit, also der Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland und zur Europäischen Union, 34 Jahre her, die Aufnahme Estlands, Lettlands, Litauens und Polens zur EU 20 Jahre. Vor 16 Jahren habe ich schon einmal eine Reise in diese Länder unternommen. Sie war abenteuerlich, doch ich empfand eine Aufbruchsstimmung unter den jetzt freien Bürgern, die ich nie vergessen werde, während sich viele Menschen der „neuen Bundesländer“ in einer Depressionsphase befanden, die wohl ebenfalls unvergessen bleibt.

Inzwischen ist eine neue Generation nachgewachsen, die in Freiheit und Demokratie geboren wurde und nichts anderes kennt. In den genannten Ländern sprechen die jungen Leute mit ihren Gästen aus dem Ausland hervorragend und wie selbstverständlich Englisch. In nur wenigen Jahrzehnten wird die Mehrheit der Einwohner neben Estnisch, Lettisch und Litauisch, was sich wesentlich unterscheidet, auch Englisch sprechen können und somit die jetzigen Sprachbarrieren abgebaut haben. Während der Sowjetzeit mussten die Menschen dieser unterschiedlichen Mentalitäten und Kulturen Russisch lernen, die ungeliebte Amtssprache einer Besatzungsmacht. Als Deutscher lerne ich schnell, dass ich die Einheimischen einfach auf Englisch ansprechen kann. Sie akzeptieren diese weit verbreitete Zweitsprache. Ältere Angehörige der russischen Minderheit, die in Estland 22, in Lettland 27, in Litauen 5 Prozent betragen und auf den ersten Blick nicht zu erkennen sind, drehen sich allerdings weg.

Die jungen Leute dieser Länder streben Bildung an, üben anspruchsvolle Berufe aus, gründen Familien und lassen für alle sichtbar ihren Wohlstand wachsen. Das, was in den letzten 16 Jahren geschaffen wurde, bereitet Freude, macht stolz und ist schön anzusehen. Schöpferkraft und Freiheit sind die Triebfedern und wird in vielen Fällen von der Europäischen Union gefördert. Der Prozess ist noch lange nicht abgeschlossen, die Aufgabe ist das Ziel. Die Arbeitslosigkeit ist nicht höher und nicht niedriger als im deutschen Osten, wobei Polen zusammen mit der Tschechischen Republik den ersten Platz unter den Ländern der Europäischen Union mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit einnimmt.

Alle Bürger dieser Länder begegnen sich auf Augenhöhe. In den ostdeutschen Bundesländern heißt es dagegen immer noch, dass im Westen alles besser sei. Viele junge Menschen fühlen sich dort benachteiligt und minderwertig, als wenn sie dieses von ihren Eltern geerbt hätten.

Während ich schreibe...

begann vor 85 Jahren der Zweite Weltkrieg. Vor 33 Jahren fiel die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken fast lautlos in sich zusammen. Kaliningrad wäre heute noch Königsberg, Olsztyn Allenstein und Klaipeda Memel, wenn die ehemaligen Einwohner dieser Region, wie viele andere Reichsbürger weiter westlich ebenfalls, nicht ihren rechten Arm hochgerissen hätten. Die Folgen sind bis heute spürbar – und das Grauen ist fast vergessen. Oder es wird verdrängt, verharmlost, verklärt und relativiert. „Euch trifft keine Schuld. Ihr seid die Nachkriegsgeneration“, sagte ein polnischer Diplomat zu mir. „Doch eure Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass so etwas nie wieder geschieht.“

Von den genannten Ländern Ostmitteleuropas hat Polen am meisten unter den Deutschen gelitten. Auf der Basis des Hitler-Stalin-Pakts zwischen dem nationalsozialistischen Deutschen Reich und der stalinistischen Sowjetunion herrschten in diesem Land von 1939 bis 1945 die Nazis. Sie richteten unter den Menschen unvorstellbares Leid an und verursachten Zerstörungen gewaltigen Ausmaßes.

Die Nazis okkupierten Estland, Lettland und Litauen ebenfalls, doch nur für eine kurze Zeit von etwa drei Jahren. Den größten Teil der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verwerfungen hat dagegen die Sowjetunion zu verantworten, die diese Länder mit Ausnahme der deutschen Besatzungszeit über ein halbes Jahrhundert unterdrückte. Haben die Nazis die jüdische Bevölkerung deportiert und vernichtet, so hat die Sowjetunion dieses zigtausenden Menschen angetan, die sich ihrer Macht entgegenstellten, ohne das eine Unrecht mit dem anderen aufrechnen zu wollen. Folter ist Folter, Mord ist Mord.

Die Beute hat sich gelohnt, haben sich die baltischen Länder seit dem 19. Jahrhundert und erst recht während ihrer Unabhängigkeit industriell hoch entwickeln können. Selbst als diese Länder sozialistische Sowjetrepubliken waren, realisierten sie die stärkste Wirtschaftskraft in der gesamten Union.



Während in Polen der Widerstand gegen das sowjetrussische System 1980/81 eine Hochphase erreichte, 1989 die ersten freien Wahlen nach 61 Jahren stattfanden und in Europa der Eisernen Vorhang fiel, begann in Estland, Lettland und Litauen die Freiheit erst 1991 mit dem Kollaps der UdSSR. Nur in der Phase von Glasnost und Perestroika, der von Michail Gorbatschow eingeleiteten Offenheit und Umgestaltung, war die singende Revolution möglich.

Alle drei Staaten einschließlich Finnlands haben 1918, als Russland nach dem Ersten Weltkrieg schwach und die Bolschewiki mit der Oktoberrevolution beschäftigt waren, ihre Unabhängigkeit erreicht und in den darauffolgenden Jahrzehnten einen Aufschwung erlebt. Ihre erneute Unterdrückung begann mit dem Hitler-Stalin-Pakt.

Während ich schreibe...

findet in Sachsen und Thüringen ein Wahlkampf um die Politiker der jeweiligen Landtage statt, werden Menschen in Deutschland mit Messern und in der Ukraine mit russischen Raketen getötet. Diese Tatsachen, und nicht nur diese, spielen in den Köpfen der Wähler eine Rolle. Es ist nicht nur Deutschland, wo Kräfte am Werk sind, die die Uhr zurückdrehen, sondern auch Frankreich, Italien, Österreich, Ungarn, die Slowakei sowie die Niederlande. Einer knappen polnischen Mehrheit ist es gerade gelungen, wieder den Vorwärtsgang einzulegen. Sie machen die Erfahrung, dass es nicht einfach ist, demokratisch legitimierte Gesetze, die auf die Abschaffung der Demokratie zielten, auf demokratischem Wege für die Stärkung der Demokratie zu erneuern.

Doch der Brennpunkt der Europäischen Union ist gerade Sachsen und Thüringen. In Riga konnte ich deutsches Fernsehen empfangen und sah in der ARD einen Beitrag von Jessy Wellmer, einer erfolgreichen Journalistin aus dem mecklenburgischen Güstrow. Als Tochter eines Lehrerehepaares war sie zehn Jahre alt, als die Mauer fiel. Sie bemüht sich ehrlich, sich selbst, ihre Herkunft und den Umgang der Menschen aus Ost und West nicht nur zu verstehen, sondern auch zu vermitteln. Doch es will ihr nicht gelingen, denn ihr Themengebiet ist hauptsächlich der Sport. Wissen und Erfahrungen aus der Zeit des großen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruchs fehlen ihr weitgehend.

Sie interviewt einen von seinen Wählern enttäuschten Landrat in Sachsen, einen um seine Zukunft besorgten Jugendlichen und befragt am Rande eines Auftritts des Bundeskanzlers in Dresden Passanten nach ihrer Meinung zur Demokratie. Die Aussagen sind mit dem Gerede im Dschungelcamp vergleichbar. Ich schalte ab und muss an die Zeit denken, als die ostdeutschen Haushalte mit kostenlosen Werbezeitungen geflutet wurden, womit die westlichen Produzenten ihre Produkte an die neue Kundschaft vermittelten. Das funktioniert bis heute und zunehmend digital mit hoher Effizienz. Seriöse Informationen über gesellschaftliche Belange bleiben dabei auf der Strecke. Hassbotschaften verbreiten sich schneller. Die Propaganda der kommunistischen Machthaber für ein Paradies auf Erden wurde vom Versprechen einer allseits glücklich machenden Konsumwelt abgelöst. Beides hat Enttäuschungen zur Folge. Der Sinn des Lebens, der Erfüllung bringt, ist ein anderer.

Während meiner Reise hat der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk sein neues Buch „Freiheitsschock“ veröffentlicht. Es vermittelt in der von Dirk Oschmann, Katja Hoyer und Anne Rabe überlagerten Debatte über die DDR und die Einheit Deutschlands eine Sichtweise, die, auf bekannten wissenschaftlich begründeten Fakten beruhend, längst Allgemeingut sein sollte. Die Rezensionen sind vielversprechend.

Polen, Masurien, Wrony 2. September 2024

Während ich schreibe...

versucht die freie Welt zu verstehen, was am 1. September 2024 in Deutschland passiert ist. Die Autokraten und Diktatoren der unfreien Welt werden es wissen, ohne dass ich sie beim Namen nenne. Es ist ihnen gelungen, einem großen Teil der Deutschen Angst einzujagen. Denn darauf beruht ihr System: Angst vor Fremden, Angst vor Veränderungen, Angst vor Folter, Angst vor Gewalt, Angst vor Krieg, Angst vor Atomwaffen. Menschen, die Angst haben, passen sich an, halten den Mund, biedern sich an, lassen sich unterdrücken, einsperren – und reden ihr Leben schön, wenn sie von anderen aus dieser Situation befreit wurden. Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen an diesem Tag beruhen nicht auf Rationalität, sondern auf geschürten Emotionen.



Hier in Polen betrachte ich die Ereignisse von außen. Aus diesem Grund zitiere ich die internationale freie Presse. Die Medien der unfreien Welt stehen mir nicht zur Verfügung. Es wäre aber interessant, ihre Kommentare zu erfahren. Ich vermute, sie würden mich an die Medien der DDR erinnern.

SPIEGEL: Die Londoner Financial Times führt die Ergebnisse schlicht auf „die wachsende Frustration“ in Ostdeutschland über die Ampelregierung zurück. Wählende würden nun zunehmend die Mitte zugunsten populistischer Parteien an den politischen Rändern verlassen.

SPIEGEL: Für den britischen Guardian sorgt der Erfolg der rechtsextremen AfD für weiteres Auseinanderdriften von Ost- und Westdeutschland. Um dieses Auseinanderdriften zu stoppen – und schließlich umzukehren – müsse die politische Mitte anfangen, über den Tellerrand zu schauen.

SPIEGEL: Wenn nach Thüringen und Sachsen nun auch noch Brandenburg hinzukomme, so die italienische Stampa, „wird es für Olaf Scholz schwierig, die therapeutische Verbissenheit fortzusetzen, um im Kanzleramt zu überleben“. Die Zeitung sorgt sich um Europas Zukunft: „Wie sollen angesichts eines Frankreichs, das noch immer nach einer Regierung sucht, und eines Deutschlands mit zerrütteten Mehrheitsverhältnissen die Vereinbarungen gestaltet werden, die in der Vergangenheit die größten Fortschritte in der europäischen Politik gebracht haben?“ Mit den Erfolgen von AfD und BSW im Osten sehe nun „Wladimir Putin seine fünfte Kolonne im Osten Deutschlands gestärkt“.

SPIEGEL: Die italienische Tageszeitung La Repubblica schreibt: „Der Keim des Putinismus wächst sogar in strukturierten Ländern mit einer soliden demokratischen Tradition“, heißt es in einem Kommentar. Die Ergebnisse aus Thüringen und Sachsen seien der jüngste Beweis, „der Kreml hat jetzt seine Wortführer im Herzen Europas“, analysiert die Zeitung mit Blick auf die „faschistische“ AfD und „die nostalgische Linke“.

SPIEGEL: „Aus dem Wirbelsturm der beiden Landtagswahlen geht ein anderes Land hervor, ein anderes Deutschland“, schreibt die italienische Corriere della Sera. Das Ergebnis bestätige, dass 34 Jahre nach der Wiedervereinigung und Tausender Milliarden Euro, die in die ehemalige DDR investiert wurden, eine Mehrheit der Bevölkerung in den beiden Bundesländern keine

Loyalitätsbindungen zu den traditionellen Parteien habe. „Deren Entscheidungen akzeptieren sie nicht, deren Codes verstehen sie nicht, vielleicht teilen sie nicht einmal deren Konzept der Demokratie. Sie fühlen sich als Deutsche zweiter Klasse oder, schlimmer noch, als Ausländer in ihrer Heimat.“

ZEIT: In den USA resümiert das Wall Street Journal, die Landtagswahlen würden „für weitere Bestürzung“ sorgen auf einem Kontinent, „der bereits durch den Niedergang der traditionellen Parteien und den Aufstieg der Aufständischen verunsichert ist“. Zudem sei anhand des Aufstiegs von AfD und BSW auch der „Kollaps der Regierungsparteien in Deutschland“ zu erkennen.

ZEIT: Der österreichische Standard attestiert der Ampelkoalition, sie gebe „ein trauriges Bild ab“: „Man ist fertig miteinander, zusammenhält das unattraktive Dreierbündnis nur noch die Angst vor den Wählerinnen und Wählern.“ Zudem habe der Anschlag in Solingen Versäumnisse offengelegt, „die weder Ex-Kanzlerin Angela Merkel noch ihr Nachfolger Olaf Scholz begriffen haben: Die Menschen haben Angst. Gegen die Furcht kommen die Zahlen, Fakten und Beteuerungen des Kanzlers immer weniger an. Wie Scholz aus diesem Dilemma herauskommen will, wie er wieder Vertrauen gewinnen will, ist unklar. Deutschland erlebt gerade düstere Zeiten. Nach diesen beiden Wahlen wird der Weg nicht leichter.“

ZEIT: Die New York Times bezeichnet es als „symbolträchtig“, dass eine Rechtsaußen-Partei in zwei Bundesländern so erfolgreich ist – „weniger als acht Jahrzehnte nach dem Ende des Nationalsozialismus“. Das Erstarken der AfD könne dazu beitragen, „dass die etablierten Parteien Positionen der extremen Rechten übernehmen“. Viele Politiker hätten das bereits getan, beispielsweise beim Thema Abschiebungen. Bezüglich der Ampel schreibt die Zeitung: „Selbst wenn die Koalition hält, wird erwartet, dass das Wahlergebnis neue fortschrittliche Gesetze verhindern wird, da die Koalitionspartner immer nervöser werden, weil sie bei den Wahlen im nächsten Jahr einen Rechtsruck befürchten.“



ZEIT: Laut der Schweizer Neue Zürcher Zeitung (NZZ) zeigt die Wahl, wie sehr sich das Ansehen des Kabinetts von Bundeskanzler Scholz „im freien Fall“ befinde. „Der Triumph der AfD belegt, dass viele Wähler sich weder von den Berichten des Inlandsgeheimdienstes noch von den Warnungen der politischen Konkurrenz oder von besorgten Leitartiklern beeindrucken lassen. Die AfD ist – trotz oder wegen ihres ressentimentgeladenen Landeschefs Höcke – die bestimmende Kraft im Osten. Eine Politik, die die Mitte der Bevölkerung aus den Augen verliert, darf sich nicht wundern, wenn die Ränder erstarken.“ Von einer „Brandmauer“ könne ausgerechnet die Partei profitieren, gegen die diese errichtet wurde.

ZEIT: Der britische *Guardian* zieht von der deutschen Wiedervereinigung eine direkte Linie zu den Wahlergebnissen: „Nach dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 prophezeite der ehemalige westdeutsche Bundeskanzler Willy Brandt, mit der Wiedervereinigung werde endlich ‚zusammenwachsen, was zusammengehört‘“, hieß es. 35 Jahre danach wirke diese Vorstellung von einer „natürlichen Heilung allzu optimistisch“. „Die historischen Wahlergebnisse in Thüringen und Sachsen vermitteln viel mehr das Bild eines Deutschlands, dessen östliche und westliche Regionen immer weiter auseinanderdriften.“ Die Etablierung der AfD werfe beunruhigende Fragen über die politische Identität Deutschlands auf.

ZEIT: Der Londoner *Financial Times* zufolge spiegeln die Ergebnisse „die wachsende Frustration in Ostdeutschland über eine Regierung wider, die viele mit hoher Inflation, wirtschaftlicher Stagnation, steigenden Energiekosten und ständigen internen Streitigkeiten assoziieren“. Wählerinnen und Wähler verließen die Mitte zugunsten populistischer Parteien an politischen Rändern. Die Menschen in Ostdeutschland seien deutlich frustriert von der Art und Weise, wie Deutschland regiert werde.

ZEIT: Der spanischen Zeitung *El Mundo* zufolge offenbaren die Wahlergebnisse „ein Szenario des realen politischen Zusammenbruchs in dem Land, das traditionell an der Spitze der europäischen Wirtschaft steht“. „Die Zunahme extremistischer und einwanderungsfeindlicher Diskurse, die bereits bei den Europawahlen zu beobachten war, stellt eine ernsthafte Bedrohung für das europäische Projekt dar und macht es notwendig, die Debatte vernünftig und intelligent zu führen.“ Das Debakel der Sozialdemokratie und die Kehrtwende

der christdemokratischen CDU in der Einwanderungspolitik bestätigten einen Paradigmenwechsel, der alle EU-Länder mehr oder weniger stark betreffe.

ZEIT: Die liberale tschechische Zeitung *Hospodarske noviny* befürchtet nun eine neue Hinwendung zu Russland: Falls Björn Höcke eines Tages Bundeskanzler wäre, würde seine erste Auslandsreise sicherlich nach Moskau gehen. Jedoch wolle sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene keine Partei mit der AfD koalieren.

Während ich schreibe...

füge ich meine Ansichten und Erfahrungen aus dem Osten Deutschlands hinzu, und zwar nicht aus Sachsen und Thüringen, sondern aus Mecklenburg-Vorpommern, wo ich in unmittelbarer Nähe zur Ostseeküste lebe, wenn ich mich nicht gerade irgendwo in Deutschland oder Europa herumtreibe. Denn: in den Seebädern höre ich, was die Sachsen und Thüringer so reden. Es geht ihnen gut. Sie kommen mit stattlichen Autos, mieten schicke Hotelzimmer, Ferienwohnungen oder gar Ferienhäuser und speisen in den Restaurants. Sicher haben nicht alle die gleiche Anzahl von Geldscheinen in ihren Taschen, doch gleiche Lebensverhältnisse gab es auch in der DDR nicht.

In den letzten Jahren registrierte ich, wie sich ihre Redensarten radikalisierten. Ehemalige SED-Genossen, die nach der „Wende“ verschämt schwiegen, treten inzwischen mit einem neuen Selbstbewusstsein auf. Sie sind die Intellektuellen einer Ideologie und sahen sich viele Jahre als Verlierer, die sie auch tatsächlich waren. Fühlten sie sich zuvor zur SED/PDS, PDS und zur Linken hingezogen, identifizieren sie sich heute mit Sahra Wagenknecht. Ideologie vererbt sich in den Familien auch an die folgende Generation, die ihre Eltern sogar noch verteidigt. Im Ergebnis finden kein Meinungs Austausch und keine Gespräche statt.



Die Ideologie des Marxismus-Leninismus, die bis heute wirksam ist, beruht auf vermeintlich wissenschaftlich begründete Wahrheit. Statt zu argumentieren, wird an der Demokratie herumgefrotzelt. Wenn der Gesprächspartner den Test, ein Ossi zu sein, nicht besteht, ist er ein Wessi, also ein Feind. Diese Wähler können nur mit ihren eigenen „dialektischen Widersprüchen“ in die Schranken gewiesen werden. Doch dazu sind Kenntnisse dieser Ideologie notwendig.

Die AfD hat von den sozialen Medien profitiert, ohne jemals ein schlüssiges Parteiprogramm aufgestellt zu haben. Es funktioniert, einfach nur gegen alles zu sein, was nicht für die AfD ist, ohne dass sie benennen muss, wofür sie steht. Das gilt für Ost wie für West. Sie spricht ihre Wähler auf einer niedrigen Ebene an: mit Emotionen. Das Konzept beruht darauf, einfach nur Lügen, Halbwahrheiten und Hass zu verbreiten. Dahinter verstecken sich andere Interessen, die sorgsam verborgen werden. Übrigens sind im Osten auch Parallelen zur SED zu erkennen. Dort hieß es: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.“ Im Klartext: Andersdenkende werden zunächst eingeschüchtert, verfolgt und nach der Machtergreifung „neutralisiert“. Siehe Alexei Nawalny in Russland. Es gibt genug Zeitzeugen der DDR, die vom Unrecht nach dem gleichen Muster erzählen können.

Dieser Trend kann nur aufgehalten werden, wenn die digitale Medienwelt in sachlicher Hinsicht kontrolliert wird, ohne die freie Meinungsäußerung einzugrenzen. Es gilt: Hass ist keine Meinung, Lügen sind keine Argumente. Politische Entscheidungen werden nicht allein aus dem Gefühl getroffen, sondern vor allem auf der Basis von sachlichen und wahrheitsgetreuen Informationen.

Nur zum Verständnis berichte ich aus eigenem Erleben, wie die Medien des Westens nach dem Mauerfall in den deutschen Osten eingedrungen sind und Schaden angerichtet haben, der unserer Demokratie jetzt auf die Füße fällt.

Ich erinnere mich an 1990/91, als die Radiosender der DDR ein neues, frisches Programm gestalteten und sich um die Belange der ehemaligen DDR-Bürger kümmerten, die für ihre neue Existenz elementar waren. Der Westen schickte Rudolf Mühlfenzl, einen Bayern. Wikipedia schreibt: „Am 15. Oktober 1990 wurde Mühlfenzl zum Rundfunkbeauftragten der neuen Bundesländer gewählt (nach Artikel 36 des deutschen Einigungsvertrages). In dieser Funktion wickelte er den Deutschen Fernsehfunk sowie die Hörfunksender der DDR ab.“

Seine Tätigkeit war in der Bevölkerung des Beitrittsgebiets umstritten: Mühlfenzl wurde wahrgenommen als die Person, die auch beliebte Sender und Programme abschaltete. Es wurde geschildert, dass alle Rundfunk- und Fernsehmitarbeiter fristlose Entlassungsschreiben ohne jede Begründung erhielten. Als seinen größten Erfolg in dieser Stellung bezeichnete er die Gründung des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR).“

Diesen daraus erfolgten Frust spüre ich selbst bis heute. Ich wurde nicht auf den Westen wütend, denn der ist so wie er ist, sondern auf die Bürger der DDR, die dieses ermöglicht haben. Rede-, Presse- und Meinungsfreiheit war ein Hauptziel der Revolution. Genau dieses gerade erkämpfte Ergebnis wurde flugs gegen die Deutsche Mark eingetauscht. Den MDR als Erfolg zu bezeichnen, zeugt von absoluter Ahnungslosigkeit. Wenn er erfolgreich wäre, gäbe es nicht die aktuellen Wahlergebnisse in Sachsen und Thüringen. Die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, ebenfalls ein Sendegebiet des MDR, stehen noch aus.

Die Menschen im Osten, Beschäftigte in den umgewandelten Firmen, in den Kliniken, Schulen, Universitäten, Hochschulen und Verwaltungen, Existenzgründer, neue Unternehmer und Millionen Arbeitslose, die sich neu organisieren mussten, hatten kein Medium mehr, worüber sie sich artikulieren konnten. In der DDR waren Zeitungen billig. Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger konnten sich kein Abonnement der großen Zeitungen aus Hamburg, Frankfurt oder München leisten, sofern sie diese überhaupt verstanden hätten. Umgekehrt haben auch die westlichen Journalisten nicht nachvollziehen können, was im Osten passiert.

Die neuen Zeitungen der Bürgerrechtler haben die neuen Bundesbürger nicht akzeptiert. Die ehemaligen SED-Blätter wurden von westlichen Verlagshäusern übernommen, für die Journalismus nur ein lukratives Nebengeschäft war. Die hohen Auflagen jeder ehemaligen SED-Bezirkszeitung warfen hohe Gewinne ab. Auch ehemalige SED-Redakteure verdienten sehr gut unter ihrem neuen Arbeitgeber. Selbst Schuld an dieser Situation, kann man sagen. Doch das war so und Schuldverteilung hilft nicht weiter.



Somit fand die „Urabkopplung“ des Ostens vom Westen, oder besser: das verhinderte Zusammenwachsen von Ost und West bereits in den 1990er Jahren statt. In diese Lücke stießen die kostenlosen Wochenzeitungen. Es ist heute noch so, dass dort alles zu erfahren ist, was im regionalen Umfeld passiert. Von einer kostenlosen Wochenzeitung zum kostenlosen Internet und seiner digitalen Vielfalt ist es nur ein kleiner Schritt. Dieses wiederum ist das größte Einfallstor für demokratiefeindliche Propaganda. Und sie fällt ungebremst auf fruchtbarem Boden.

Bis heute ist es so, dass im Osten nur wenige Qualitätsmedien genutzt werden. Diese haben allerdings auch nur halbherzige Anstalten unternommen, dieses zu ändern. Ich selbst bin zum SPIEGEL gekommen, weil meine Frau in zweiter Ehe, aus dem Westen kommend, dieses Magazin für mich abonniert hat. Ebenso abonnierte eine Freundin für mich das Deutsch-polnische Magazin DIALOG. Ich habe wohl Jahre gebraucht, um die vermittelten politischen Zusammenhänge und ihre Protagonisten zu verstehen. Im Osten ist die Super Illu bis heute erfolgreich. Sie liegt in fast jeder Arztpraxis. Mein Nachbar, ein ehemaliger SED-Genosse und Major der NVA, hat sie abonniert. Ich weiß, wie er denkt. Wie der MDR vermittelt dieses Medium vor allem Ostalgie.

Ein politisches und demokratisches Bewusstsein bildet sich auf diesem Niveau nicht heran. Nicht alle Wähler haben sich auf Nationalsozialismus, Faschismus und Geschichtsklitterung eingelassen, doch immerhin 40 bis 50 Prozent, was eine Regierungsbildung mit demokratischen Parteien unmöglich macht.

Hinzu kommt, dass Politiker aus dem demokratischen Spektrum gegen andere demokratische Parteien zu Felde ziehen. Vermeintliche Demokraten sägen ihren eigenen Ast ab, auf dem sie sitzen. Viel besser kann man keine Demokratie unterwandern.

Ein weiterer Aspekt ist, dass in der DDR eine falsche Weltgeschichte gelehrt wurde, ohne dass diese durch Reisefreiheit persönlich erlebt werden konnte. Ein falsches Weltbild hat Orientierungslosigkeit zur Folge. Das wiederum ist ein Erbe der SED und ihrer „Kampfgenosse“ im Kreml Moskaus. Doch das ist ein weiteres Thema.

Während ich schreibe...

hat meine liebe Frau einen Hecht zubereitet. Er wurde im See vor unserer Terrasse gefangen. Gemeinsam werden wir ihn verspeisen. Wenn ich wieder in Deutschland bin, werde ich mich weiterhin dafür engagieren, die aktuelle Krise der Demokratie zu überwinden.

Denn: Demokratie findet nicht im Portemonnaie statt, sondern im Kopf. „Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt,“ lautet ein berühmter Satz von Karl Marx.

Das mag für seine Zeit zutreffend gewesen sein, doch in einer Demokratie ist es genau andersrum.

Vor dem Versand im Sanitziland habe ich diesen Text Prof. Siegfried Frech zugeschickt. Er hat folgendermaßen geantwortet:

1. Der Politologe und Populismus-Experte Marcel Lewandowsky weist darauf hin, dass die Wahlergebnisse nicht nur eine Reaktion auf die Politik der Ampel sind. Die Ampel trägt zwar ihren Teil dazu bei, aber ähnliche Entwicklungen sind in Frankreich, Österreich und den Niederlanden zu beobachten. Eine Entwicklung, die nicht nur in Deutschland passiert.

2. Die Stimmenzuwächse sind mehr als bloße Protestwahlen. Wählerinnen und Wähler wählen die AfD, weil sie mit ihren Positionen übereinstimmen, vor allem mit der Migrations- und Gesellschaftspolitik.

3. Andrea Römmele, die an der Hertie School in Berlin lehrt, kommt zu dem gleichen Schluss. Für die AfD-Wählerinnen und Wähler sind Migration und Sicherheit die wichtigsten Punkte, und da sehen sie die größte Kompetenz bei der AfD. Mithin wird die AfD nicht als unmittelbar rechtsextrem wahrgenommen – auch und gerade unter jungen Wählerinnen und Wählern.



4. Marcel Lewandowsky wiederum konstatiert bei einem großen Teil der AfD-Wähler ein tiefes Misstrauen gegenüber den politischen und gesellschaftlichen Eliten: Politiker, Experten, Journalisten, akademisch gebildete Städter.

5. Eine weitere Ursache mag sein, dass Menschen in den neuen Ländern keine allzu feste Parteibindung entwickelt haben. Man ist offener für Fluktuation.

6. Steffen Mau weist auch darauf hin, dass die „entzivilisierte“ politische Kultur ihren Teil dazu beiträgt. Sogenannte Polarisierungsunternehmer – auch einzelne Politikerinnen und Politiker – tragen zur gesellschaftlichen Spaltung bei. Wenn ein prominenter Politiker den „Zahnersatz für abgelehnte Asylbewerber“ als populistisches Argument verwendet und von „kleinen Paschas“ in deutschen Schulen spricht, darf man sich nicht wundern, dass Rassismus und Fremdenfeindlich wieder salonfähig werden. Solche Äußerungen sind Wasser auf die Mühlen der AfD.

Soweit Siegfried Frech. Einen Aspekt möchte ich noch hinzufügen: die Macht der digitalen Medien. Gerade komme ich aus Polen zurück. Ich hatte bisher sehr herzliche Beziehungen dorthin, doch acht Jahre Kaczynski haben mentale Veränderungen zur Folge. Ich bin dort nicht mehr richtig warm geworden. Das liegt auch daran, welche Offenheit und Herzlichkeit ich in den baltischen Ländern erlebte.

In Polen hat sich etwas gewandelt, was ich als einen zunehmenden Nationalismus interpretiere. Das ist der Einfluss der Propaganda, die sich digital wie ein Lauffeuer verbreitet und von Multiplikatoren unterstützt wird. Man kann machen, was man will: die meisten Polen schauen von oben herab auf die Besucher aus dem Ausland. Englisch ging nicht, selbst bei jungen Leuten nicht, Deutsch getraute ich mich gar nicht erst, und versuchte ich, mit meinen polnischen Kenntnissen klarzukommen und manche Laute nicht polnisch genug aussprach, war das auch nicht richtig.

Am meisten frotzelte mich ein älterer Pole an, weil ich mich an der Tankstelle nicht auskannte, wie man Luft auf die Reifen füllt. Natürlich hat er unser deutsches Kennzeichen gesehen. Die positiven Ausnahmen hielten sich sehr in Grenzen. Unter uns deutsch-polnischen Jugendlichen damals gab es so etwas nicht. Jeder versuchte, den anderen zu verstehen, und wenn dazu sechs Sprachen nötig waren. Unsere gemeinsame Regierung saß damals in Moskau.

Auf der anderen Seite zeigte sich offensichtlich, dass die Polen im ländlichen Raum mit ihrem Lebensstandard unzufrieden sind. Das hat mehrere Ursachen, doch es ist immer einfacher, auf einen Schuldigen einzuschlagen anstatt Lösungen zu entwickeln. Das wiederum trifft mehrheitlich auf die „Ossis“ zu, auch wenn es viele Gleichgesinnte im Westen gibt. Und viele „Ossis“, auf die das nicht zutrifft, sind längst nicht mehr im Osten.

Die Landesbeauftragte Brandenburgs für die Aufarbeitung der DDR, Dr. Maria Nooke, mahnt eine stärkere und prüfungsrelevante Beschäftigung mit der DDR-Geschichte an Schulen und Universitäten an. Es ist auch die Geschichte aller ostmitteleuropäischen Staaten, die von Moskau kommandiert wurden. Ich kann ein Lied davon singen.

Siegfried Wittenburg
Sanitz, 10. September 2024

Für diese Ausgabe habe ich einige meiner neuesten Fotografien aus den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen vom August 2024 ausgewählt. Einzelne Länderporträts folgen später.



































































